

Antrag

Initiator*innen: Geschäftsführender Ausschuss (dort beschlossen am: 17.03.2026)

Titel: Kapitel 4: Gemeinschaft gestalten – Wie wir füreinander sorgen und leben

Antragstext

690 (Soziales, Teilhabe, Gesundheit, Gleichstellung, Inklusion, offene Gesellschaft,
691 Kultur, Sport)

692 **1. Warum dieses Thema für unseren Bezirk zentral ist**

693 Friedrichshain-Kreuzberg ist bunt und weltoffen, manchmal laut und immer
694 solidarisch. Unser Bezirk lebt von seiner Vielfalt – von Menschen mit
695 unterschiedlichsten Biografien, Identitäten und Lebensentwürfen. Queeres Leben
696 ist sichtbar, migrantische Communities prägen das Straßenbild, Kultur entsteht
697 in Clubs, Ateliers, Theatern und auf der Straße. Friedrichshain-Kreuzberg war
698 schon immer ein Ort, an dem Freiräume verteidigt und neue Formen des
699 Zusammenlebens ausprobiert wurden. Engagement, Selbstorganisation und
700 Nachbarschaft prägen unseren Alltag. Viele bundespolitische Debatten werden hier
701 früher und intensiver geführt – und vieles, was anderswo abstrakt bleibt, ist
702 hier konkrete Realität.

703 Doch Zusammenhalt ist kein Selbstläufer. Steigende Lebenshaltungskosten,
704 Wohnungs- und Obdachlosigkeit, Suchterkrankungen, psychische Belastungen,
705 Einsamkeit und die Folgen der Klimakrise treffen viele Menschen unmittelbar.
706 Gleichzeitig erleben wir einen gesellschaftlichen Rechtsruck, einen Kulturkampf
707 gegen Vielfalt und die offene Gesellschaft. Statt soziale Strukturen konsequent
708 zu stärken, setzt der schwarz-rote Senat zunehmend auf Symbolpolitik: Der Zaun
709 um den Görlitzer Park steht exemplarisch für eine Politik der Verdrängung statt

710 nachhaltiger Lösungen. Während Millionen in politische Machtdemonstrationen
711 gegenüber dem Bezirk fließen, kämpfen Trägerorganisationen von Prävention,
712 sozialer Arbeit, Kultur und Gesundheitsangeboten um ihr Fortbestehen.

713 Friedrichshain-Kreuzberg ist ein Gradmesser gesellschaftlicher Entwicklungen –
714 und zugleich ein Bezirk mit starkem demokratischem Selbstbewusstsein. Für uns
715 ist klar: Soziale Probleme brauchen soziale Antworten. Hilfe wirkt nachhaltiger
716 als Druck von oben. Unsere kommunale Infrastruktur – von Sportstätten über
717 Bibliotheken bis hin zu Clubs und Nachbarschaftseinrichtungen – ist kein Luxus.
718 Sie bildet die Grundlage für Zusammenhalt, Lebensqualität und demokratische
719 Stabilität.

720 **2. Unsere Haltung: Solidarität organisieren, Vielfalt** 721 **schützen**

722 Wir stehen für ein Friedrichshain-Kreuzberg, das Solidarität organisiert und
723 Vielfalt schützt. Soziale Sicherheit, kulturelle Freiräume und demokratische
724 Teilhabe gehören für uns untrennbar zusammen.

725 Wir setzen auf Prävention, aufsuchende Sozialarbeit, Gesundheitsangebote und
726 Schutzräume. Der Rechtsstaat gilt überall und für alle. Er schützt die Würde
727 jedes Menschen und setzt klare Grenzen gegenüber Gewalt, Ausbeutung und
728 organisierter Kriminalität.

729 Klima- und Sozialpolitik sind zwei Seiten derselben Medaille. Stadtgrün und
730 Hitzeschutz, wohnortnahe soziale und kulturelle Angebote, zugängliche
731 öffentliche Räume, barrierefreie Infrastruktur sind Teil einer ökologisch wie
732 sozial gerechten Stadt.

733 Wir verteidigen unsere offene Gesellschaft. Rechtsextremismus und -populismus
734 sind die größten Bedrohungen für unsere Demokratie. Gegen Rassismus,
735 Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und jede Form von Diskriminierung beziehen
736 wir klar Stellung. Die AfD steht für völkisches Denken, eine rassistische
737 Ideologie und die systematische Ausgrenzung von Menschen. Sie ist eine konkrete
738 Bedrohung für die Menschen in unserem Bezirk. Daher fordern wir ein
739 Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht gewissenhaft vorzubereiten und
740 auch tatsächlich einzuleiten.

741 Kultur, Sport und soziale Infrastruktur sind notwendige Grundversorgung. Wir
742 stärken Zivilgesellschaft und öffentliche Einrichtungen gleichermaßen. Politik
743 muss ermöglichen, absichern und Ressourcen bereitstellen – und darf nicht
744 spalten oder verdrängen.

745 **3. Zentrale Herausforderungen im Bezirk**

746 Friedrichshain-Kreuzberg ist ein Bezirk mit großer sozialer Dynamik – und mit
747 spürbaren Spannungen. Unterschiedlichste Lebensentwürfe, Einkommenslagen und
748 Bedürfnisse treffen hier auf engem Raum aufeinander. Urbanes Leben bedeutet
749 Abwechslung, aber auch Zielkonflikte: zwischen Nachtruhe und Clubkultur,
750 zwischen Aufenthaltsqualität und Aufwertung, zwischen sozialer Unterstützung und
751 ordnungspolitischen Maßnahmen, zwischen Nutzung und Schutz von Parks und
752 Grünflächen.

753 Viele Herausforderungen lassen sich nur langfristig und nur gemeinsam lösen.
754 Armut, steigende Lebenshaltungskosten, Wohnungsmangel, Verdrängung von Kultur
755 und Kleingewerbe, Suchterkrankungen oder psychische Belastungen sind
756 strukturelle Fragen, die stark von Entscheidungen auf Landes-, Bundes- und
757 europäischer Ebene abhängen. Der Bezirk ist nicht alleiniger Akteur – aber er
758 trägt Verantwortung für konkrete Verbesserungen vor Ort.

759 Gleichzeitig stehen ganz konkrete soziale Einrichtungen, Kulturorte,
760 Beratungsstellen, Sportangebote und Gesundheitsstrukturen unter erheblichem
761 finanziellen Druck. Prävention, Gewaltschutz, Integration, Pflege und
762 psychosoziale Versorgung brauchen aber langfristige Planungssicherheit, eine
763 verlässliche Finanzierung und klare Prioritätensetzung.

764 Hinzu kommt: Die Erwartungen an den Bezirk sind hoch, während die Ressourcen
765 begrenzt sind. Unterschiedliche Interessen müssen daher ausgeglichen werden,
766 ohne den politischen Kompass zu verlieren.

767 **4. Was wir konkret verändern wollen**

768 **Offene Gesellschaft schützen und Demokratie stärken**

769 **Demokratie verteidigen:** Demokratie braucht verlässliche Strukturen im Bezirk.
770 Wir wollen die bestehende Partnerschaft für Demokratie in Friedrichshain-
771 Kreuzberg dauerhaft absichern und ihre Fördermöglichkeiten ausweiten.
772 Initiativen gegen Rassismus, Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus,
773 Queerfeindlichkeit, Ableismus und andere Formen gruppenbezogener
774 Menschenfeindlichkeit brauchen Planungssicherheit statt kurzfristiger
775 Projektlogik.

776 Demokratische Beteiligung stärken wir konkret. Die bezirklichen Beiräte und
777 Gremien – vom Beirat für Partizipation und Integration bis zum neu geschaffenen

778 Jugend und Kindergremium – müssen aktiv und frühzeitig in Entscheidungsprozesse
779 einbezogen werden. Wir setzen uns für niedrigschwellige, mehrsprachige
780 Beteiligungsangebote ein und unterstützen Initiativen, Vereine und Projekte mit
781 einer gut ausgestatteten Freiwilligenagentur.

782 Religionsfreiheit und weltanschauliche Vielfalt sind für uns selbstverständlich.
783 Wir unterstützen die verschiedenen religiösen Gemeinschaften im Bezirk in ihrer
784 sozialen und kulturellen Arbeit und ermutigen zu demokratischer Teilhabe.

785 Antidiskriminierungsarbeit strukturell stärken: Wir setzen uns für den Ausbau
786 unabhängiger Beschwerdemöglichkeiten bei Rassismus und Diskriminierung ein, für
787 verpflichtende Diversity- und Antidiskriminierungsschulungen für Mitarbeitende
788 sowie für verbindliche Standards zu Mehrsprachigkeit, Leichter Sprache,
789 barrierefreier Kommunikation und Gebärdensprachdolmetschen in allen relevanten
790 Bereichen.

791 Das Register Friedrichshain-Kreuzberg leistet unverzichtbare Arbeit bei der
792 Dokumentation diskriminierender und rechter Vorfälle, die wir weiter personell
793 und finanziell stärken wollen. Ein jährlicher bezirklicher
794 Antidiskriminierungsbericht soll Entwicklungen sichtbar machen und politische
795 Konsequenzen ermöglichen.

796 Rechtsextreme Akteur*innen dürfen im Bezirk nicht normalisiert werden. Wir
797 werden unsere rechtlichen Möglichkeiten konsequent nutzen, um menschenfeindliche
798 Aktivitäten im öffentlichen Raum zu begrenzen und antifaschistische sowie
799 antirassistische Proteste unterstützen, ohne Einschüchterung zu dulden. Wo immer
800 Rechtsextreme marschieren, werden wir uns ihnen mit der Zivilgesellschaft
801 konsequent entgegenstellen. Unser Auftrag: Xhain bleibt nazifrei!

802 **Perspektiven und Realitäten anerkennen:** Postmigrantische und postkoloniale
803 Perspektiven gehören zur Realität unseres Bezirks. Wir unterstützen Initiativen
804 zur Aufarbeitung kolonialer Geschichte, fördern migrantische
805 Selbstorganisationen und schaffen Räume und Ressourcen für kulturelle und
806 soziale Projekte von Communities of Color. Den Silvio-Meier-Preis wollen wir als
807 deutliches Zeichen gegen rechte Gewalt weiter stärken und noch bekannter machen.

808 Wir stellen uns klar gegen Racial Profiling und die Kriminalisierung von
809 Menschen ohne sicheren Aufenthaltsstatus. Menschenwürde und rechtsstaatliche
810 Verfahren gelten für alle. Gleichzeitig widersprechen wir entmenschlicher
811 Sprache gegenüber marginalisierten Gruppen und treten rechter „Stadtbild“-
812 Rhetorik entschieden entgegen. Hier ist kein Platz für Kulturkampf gegen queere
813 Lebensweisen und migrantische Communities! Wir leben ein Stadtbild, das

814 einschließt und nicht ausgrenzt!

815 **Solidarität endet nicht an Staatsgrenzen:** Wir stehen an der Seite der Menschen
816 in der Ukraine und unterstützen ukrainische Geflüchtete im Bezirk durch konkrete
817 Integrations- und Beratungsangebote. Wir schätzen ihre Erfahrungen und
818 Fähigkeiten und schaffen Räume zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch und Lernen.

819 Neben den Menschen in der Ukraine sind auch in vielen anderen Regionen der Welt
820 Zivilistinnen von Gewalt bedroht. Sei es durch staatliche oder nicht staatliche
821 Akteure. Auch ihnen gilt unsere Solidarität, denn kein politisches Ziel
822 rechtfertigt Gewalt gegen Zivilistinnen. Wir verurteilen jede Form von
823 Terrorismus und Einschüchterung gegenüber Zivilist*innen und stellen uns
824 unmissverständlich gegen die Verbreitung von Hass und Versuche der
825 Entmenschlichung ganzer Bevölkerungsgruppen. Wir stellen uns entschieden gegen
826 jede Form von Antisemitismus ebenso wie gegen anti-muslimischen oder anti-
827 arabischen Rassismus in unserem Bezirk.

828 **Feministische Politik konkret umsetzen**

829 **Gleichstellung durchsetzen:** Geschlechtergerechtigkeit entscheidet über
830 Einkommen, Gesundheit, Sicherheit und politische Teilhabe – auch hier im Bezirk.
831 Feministische Politik heißt für uns, strukturelle Benachteiligungen sichtbar zu
832 machen und praktisch zu bekämpfen.

833 Frauenarmut ist auch in Friedrichshain-Kreuzberg Realität – besonders für
834 Alleinerziehende, ältere Frauen und Frauen mit Migrationsgeschichte. Wir wollen
835 gezielte Renten-, Trennungs- und Sozialberatung stärken und niedrigschwellige
836 Lotsenangebote bei Anträgen ausbauen. In Kooperation mit Jobcenter und freien
837 Trägern sollen Wiedereinstiegs- und Qualifizierungsangebote insbesondere für
838 Alleinerziehende gezielt gefördert werden. Care-Arbeit muss sichtbar gemacht und
839 gesellschaftlich aufgewertet werden; pflegende Angehörige brauchen bessere
840 Beratung und Unterstützung.

841 Gleichberechtigung braucht auch strukturelle Veränderungen in Politik und
842 Verwaltung. Mentoringprogramme wie eine „Mitlaufwoche 2.0“ für junge FLINTA*-
843 Personen wollen wir weiterentwickeln. Kinderbetreuung, hybride Formate und
844 flexible Sitzungszeiten in der Bezirksverordnetenversammlung sollen politische
845 Teilhabe von Menschen mit Care-Verantwortung erleichtern. Verwaltung und
846 öffentliche Einrichtungen müssen geschlechtergerecht und
847 diskriminierungssensibel arbeiten.

848 **Gewalt konsequent entgegenwirken:** Gewalt gegen Frauen, Mädchen und FLINTA*-

849 Personen hat bei uns keinen Platz. Wir setzen uns für die vollständige Umsetzung
850 der Konvention ein, welche deren Verhütung und Bekämpfung fordert und solche
851 Gewalt als Menschenrechtsverletzung anerkennt (Istanbul-Konvention). Wir kämpfen
852 für die verlässliche Finanzierung von Schutz-, Beratungs- und
853 Unterstützungsangeboten. Hinweise auf Hilfsangebote müssen in Rathäusern,
854 Schulen, Jugend- und Gesundheitseinrichtungen selbstverständlich sichtbar sein.
855 Ein schneller Zugang zu Hilfe – etwa über QR-Codes zu Chat- oder
856 Beratungsangeboten – kann insbesondere jungen Betroffenen niedrigschwellige
857 Unterstützung ermöglichen. Schutzräume wie Frauenhäuser und Zufluchtwohnungen
858 müssen erhalten und bedarfsgerecht ausgebaut werden, ebenso spezialisierte
859 Angebote für geflüchtete Frauen und queere Geflüchtete. Auch digitale Gewalt,
860 Hate Speech und Cyberstalking nehmen wir ernst und stärken entsprechende
861 Präventions- und Beratungsangebote.

862 Prävention beginnt früh. Empowerment-Formate für Mädchen und FLINTA* sowie
863 Angebote zur Gewaltprävention für Jungen und Männer gehören für uns zusammen.

864 **Angebote und Sichtbarkeit stärken:** Gesundheitsangebote müssen
865 geschlechtersensibel weiterentwickelt werden. Menstruationsartikel sollen in
866 Schulen, Jugendclubs, Sportvereinen und öffentlichen Gebäuden kostenfrei
867 bereitgestellt werden. Öffentliche Toiletten wollen wir inklusiver gestalten und
868 die kostenfreie Nutzung als Modell prüfen.

869 Sichtbarkeit im öffentlichen Raum ist ebenfalls Teil feministischer Politik.
870 Straßen und Plätze sollen weiterhin vorrangig nach Frauen, Women of Colour,
871 queeren Persönlichkeiten und Widerstandskämpferinnen benannt werden. Bereits
872 beschlossene Umbenennungen müssen zügig umgesetzt werden. Das
873 Partizipationsverfahren „Straßennamen für die Vielfalt“ wollen wir transparenter
874 gestalten und in Kooperation mit dem FHXB-Museum eine digitale
875 Erinnerungsplattform zur feministischen, queeren und migrantischen Geschichte
876 des Bezirks entwickeln.

877 **Queeres Leben schützen und strukturell absichern**

878 **Queers unterstützen:** Xhain ist für viele junge queere Menschen aus der gesamten
879 Welt ein Sehnsuchtsort, in dem sie endlich frei leben können. Das werden wir
880 verteidigen. Wir setzen uns aktiv für den Schutz queerer Einrichtungen vor
881 Verdrängung ein. Queere Clubs, Bars, Beratungsstellen, Projekträume und
882 selbstorganisierte Treffpunkte sind Teil der sozialen und kulturellen
883 Infrastruktur des Bezirks. Bei Nutzungskonflikten und Standortfragen werden wir
884 politisch unterstützen und Räume sichern. Die finanzielle Grundförderung queerer
885 und feministischer Initiativen muss auf Landesebene dauerhaft abgesichert
886 werden.

887 Die Stelle der*des Queerbeauftragte im Bezirk muss strukturell abgesichert und
888 ausreichend ausgestattet werden. Auch queere Perspektiven gehören verbindlich in
889 Beteiligungsprozesse, Stadtplanung und Verwaltungshandeln.

890 Insbesondere ältere queere Menschen und queere Geflüchtete brauchen spezifische
891 Unterstützungsangebote. Wohnprojekte für ältere lesbische Frauen und andere
892 selbstbestimmte Wohnformen wollen wir fördern und im Rahmen bezirklicher
893 Möglichkeiten unterstützen.

894 **Gewalt konsequent entgegenwirken:** Gewalt gegen LSBTIQ*-Personen darf nicht
895 relativiert werden. Wir unterstützen die Weiterentwicklung der Initiative
896 Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt (IGSV) und eine systematische
897 Datenerhebung zu queerfeindlichen Übergriffen. Die enge Zusammenarbeit mit
898 Beratungsstellen und zivilgesellschaftlichen Initiativen ist dabei zentral.
899 Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit in Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen
900 und Verwaltung wollen wir stärken.

901 **Kultur als Grundversorgung sichern**

902 **Kulturorte sichern:** Kultur ist kein Luxus, sondern Grundversorgung. Clubs,
903 Ateliers, Theater, Projekträume, Museen und selbstorganisierte Orte prägen den
904 Bezirk und sind Räume demokratischer Begegnung. Diese Infrastruktur wollen wir
905 sichern und weiterentwickeln.

906 Arbeits- und Proberäume sind existenziell. Die Kürzungen des
907 Arbeitsraumprogramms wollen wir zusammen mit der Landesebene zurücknehmen und
908 wie ursprünglich geplant ausweiten. Der Verdrängung von Kulturorten – ob
909 Projektraum, Atelierhaus oder Club – treten wir aktiv entgegen. Zur Abfederung
910 der massiven Erhöhung der Grundsteuer müssen Sonderregelungen für
911 Kunstschaffende gefunden werden.

912 Das RAW-Gelände ist ein zentraler Kulturstandort mit überbezirklicher Bedeutung.
913 Wir setzen uns weiter dafür ein, die kulturelle Nutzung dauerhaft zu sichern und
914 weitere Kommerzialisierung zu begrenzen. Auch kleinere, selbstverwaltete Orte
915 müssen geschützt und bei Konflikten mit Investoren oder Nutzungskonflikten
916 politisch unterstützt werden.

917 **Kulturschaffende unterstützen:** Wir setzen uns für eine verlässliche Finanzierung
918 der freien Szene ein und unterstützen die Wiedereinführung von
919 Ausstellungshonoraren für unsere kommunalen Galerien. Künstlerische Arbeit darf
920 nicht von Selbstausbeutung abhängen. Förderverfahren müssen transparent,
921 niedrigschwellig und planbar sein.

922 Clubkultur ist Teil der Identität Friedrichshain-Kreuzbergs. Wir wollen sie vor
923 Verdrängung schützen, Neugründungen unterstützen und im Dialog mit
924 Anwohner*innen tragfähige Lösungen bei Nutzungskonflikten entwickeln, statt
925 einseitig Einschränkungen durchzusetzen.

926 Kulturpolitik muss divers, inklusiv und diskriminierungssensibel sein. Projekte
927 migrantischer, queerer und postkolonialer Perspektiven wollen wir gezielt
928 fördern. Kunst im öffentlichen Raum, insbesondere mit feministischer oder
929 erinnerungspolitischer Perspektive, soll stärker unterstützt werden.

930 **Gemeinschaft stärken:** Das FHXB-Museum ist ein wichtiger Ort für die Aufarbeitung
931 und Vermittlung der Bezirksgeschichte. Wir wollen seine Arbeit stärken und
932 insbesondere Projekte zur queeren, migrantischen und feministischen Geschichte
933 weiter ausbauen. Auch queere Kulturorte sind feste Bestandteile der kulturellen
934 Infrastruktur unseres Bezirks. Daher unterstützen wir den gemeinsamen Neubau des
935 Schwulen Museums mit dem FHXB-Museum in der Friedrichstraße

936 Bibliotheken sind Orte der Bildung, Begegnung und sozialen Infrastruktur. Wir
937 setzen uns für ihre Stärkung, moderne, digitale Ausstattung und barrierefreie
938 Zugänge ein. Die Amerika-Gedenkbibliothek (AGB) verstehen wir als Haus der Ideen
939 und als offenen Kultur- und Begegnungsort für den Bezirk. Ihre Weiterentwicklung
940 muss transparent und gemeinwohlorientiert erfolgen.

941 **Soziale Stabilität stärken – Hilfe statt Verdrängung**

942 **Hilfe ausbauen:** Soziale Probleme verschwinden nicht durch Verdrängung. Armut,
943 Wohnungslosigkeit, Suchterkrankungen und psychische Belastungen brauchen
944 langfristige, koordinierte und menschenwürdige Lösungen.

945 Wir wollen die Verhinderung von Wohnungsverlust zur Priorität machen und die
946 Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Wohnungsnotfälle ausbauen. „Housing
947 First“-Ansätze und niedrigschwellige Beratungsangebote müssen weiterentwickelt
948 werden. Ziel ist es, Wohnungslosigkeit zu vermeiden, bevor sie entsteht – und
949 Menschen schneller wieder in eigenen Wohnraum zu bringen. Unterkünfte müssen
950 menschenwürdig, barrierefrei und sozial angebunden sein.

951 Die Mehrheit der obdachlosen Menschen wird durch das sozialgesetzliche
952 Sicherungssystem nicht erfasst. Sie haben weder Anspruch auf Sozialhilfe noch
953 Wohngeld. In der Konsequenz sorgen oft einzig soziale Initiativen mit viel
954 ehrenamtlichem Engagement dafür, dass Menschen einen Schlafplatz und eine warme
955 Mahlzeit erhalten. Wir setzen uns berlinweit für eine Politik des Helfens statt
956 des Ignorierens ein.

957 Im öffentlichen Raum setzen wir auf soziale Unterstützung statt symbolischer
958 Abschottung. Aufsuchende Sozialarbeit, Straßensozialarbeit und niedrigschwellige
959 Beratungsangebote wollen wir stärken. Parkläufer*innen und sozialpädagogische
960 Teams können Nutzungskonflikte entschärfen und vermitteln. Safe Places –
961 geschützte, niedrigschwellige Aufenthalts- und Unterstützungsorte für besonders
962 vulnerable Menschen – wollen wir sichern und weiter ausbauen.

963 **Sucht als Erkrankung behandeln:** Im Umgang mit Suchterkrankungen setzen wir auf
964 Gesundheits- und Präventionspolitik. Drugchecking-Angebote und Drogenkonsumräume
965 sind wichtige Instrumente zum Schutz von Leben und Vermittlung von
966 Hilfsangeboten. Wir unterstützen ihren Ausbau und eine enge Kooperation mit
967 Suchthilfe, Gesundheitsdiensten und Sozialarbeit. Reine Verdrängungsmaßnahmen
968 lösen die Probleme nicht und sind menschenverachtend. Es geht darum die Menschen
969 in den Blick zu nehmen, dafür braucht es eine gesamtstädtische Strategie im
970 Umgang mit Drogenkonsum und Verelendung. Es braucht Planungssicherheit und die
971 Stärkung der sozialen Träger anstatt einen sozialen Kahlschlag und eine
972 Verschiebung auf immer mehr Law-and-Order wie unter dem Wegner-Senat.

973 Der Görlitzer Park steht exemplarisch für die Herausforderungen im öffentlichen
974 Raum. Sicherheit, Aufenthaltsqualität und soziale Unterstützung dürfen nicht
975 gegeneinander ausgespielt werden. Wir setzen uns für eine integrierte Strategie
976 aus Prävention, Sozialarbeit, Gesundheitsangeboten, Beleuchtung, Pflege und
977 Dialog ein – statt für teure Symbolmaßnahmen wie Zäune, die Probleme lediglich
978 verschieben.

979 Vernunftbasierte Drogenpolitik stärkt Prävention:

980 Die Entkriminalisierung von Cannabis war ein richtiger Schritt in die richtige
981 Richtung. Die Befürchtungen der Legalisierungsgegner*innen haben sich in Luft
982 aufgelöst. Polizei und Justiz werden deutlich entlastet, Konsumierende nicht
983 unnötig kriminalisiert. Diesen Weg wollen wir konsequent weiterverfolgen, auch
984 wenn der Bund den Antrag aus Friedrichshain-Kreuzberg für eine Modellregion aus
985 ideologischen Gründen weiter ablehnt. Wir kämpfen weiter für die legale Abgabe
986 von Cannabis, um dem Schwarzmarkt systematisch die Grundlage zu entziehen. Wir
987 begrüßen, dass in Xhain das erste dauerhafte Drugchecking-Projekt eingerichtet
988 wurde und unterstützen den Ausbau. Es braucht eine an den Lebensrealitäten
989 orientierte Prävention und Hilfe statt Strafe für Menschen, die in
990 Abhängigkeiten geraten. Kriminalisierung und Tabuisierung sind Teil des Problems
991 und nicht Teil der Lösung.

992 **Ankommen und Teilhabe ermöglichen**

993 **Teilhabe ermöglichen:** Friedrichshain-Kreuzberg ist seit Jahrzehnten ein Bezirk
994 des Ankommens. Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrungen sind hier
995 willkommen und prägen das gesellschaftliche Leben – in Nachbarschaften, Schulen,
996 Kultur und Wirtschaft.

997 Wir setzen uns für dezentrale Unterkünfte statt großer Massenunterkünfte ein.
998 Geflüchtete Menschen sollen möglichst schnell in reguläre Wohnungen einziehen
999 können. Gemeinschaftsunterkünfte müssen menschenwürdig, barrierefrei und sozial
1000 angebunden sein. Besonders schutzbedürftige Gruppen – etwa Frauen, Kinder,
1001 queere Geflüchtete oder Menschen mit Behinderungen – brauchen spezialisierte
1002 Unterstützung. Unbegleitete minderjährige Geflüchtete brauchen gut ausgestattete
1003 Strukturen im Jugendamt. Beratung, psychosoziale Begleitung und Bildungsangebote
1004 müssen verlässlich finanziert sein.

1005 **Unterstützungsstrukturen ausbauen:** Integrationslots*innen leisten wichtige
1006 Arbeit beim Zugang von Geflüchteten zu Behörden, Bildung, Gesundheit und Arbeit.
1007 Wir wollen ihre Arbeit verstetigen und strukturell absichern. Mehrsprachige
1008 Willkommens- und Orientierungsangebote in Bezirksgebäuden sowie barrierearme
1009 digitale Formulare sollen selbstverständlich werden.

1010 Bürokratie darf Integration nicht behindern. Verfahren müssen verständlich,
1011 digital zugänglich und pragmatisch gestaltet werden. Strukturelle Hürden beim
1012 Zugang zu Arbeit, Wohnen und Bildung wollen wir abbauen – im Rahmen der
1013 bezirklichen Möglichkeiten und im Dialog mit dem Land.

1014 **Mitbestimmung ermöglichen:** Wir setzen uns weiterhin für das kommunale Wahlrecht
1015 für alle Menschen ein, die dauerhaft im Bezirk leben, und unterstützen Kampagnen
1016 und Beteiligungsformate, die politische Mitwirkung auch ohne formales Wahlrecht
1017 ermöglichen. Auf Bundesebene kämpfen wir für ein Wahlrecht für alle, die ihren
1018 dauerhaften Lebensmittelpunkt in Deutschland haben.

1019 **Gesundheit und Prävention ausbauen**

1020 **Prävention stärken:** Gesundheitspolitik im Bezirk heißt Prävention stärken und
1021 soziale Risiken ernst nehmen. Die Klimakrise ist längst ein Gesundheitsrisiko.
1022 Wir setzen uns für die konsequente Umsetzung einer bezirklichen
1023 Hitzeaktionsplanung ein. Die Streichung der Koordinierungsstelle im
1024 Gesundheitsamt muss rückgängig gemacht werden. Mehr öffentliche Trinkbrunnen,
1025 kühle Orte während Hitzeperioden und besserer Sonnenschutz auf Sportflächen
1026 gehören für uns dazu. Die Ergebnisse des Pilotprojekts zu Sprühnebelanlagen im
1027 Mauerpark wollen wir prüfen und gegebenenfalls auf weitere Standorte übertragen.

1028 Schulgesundheitsfachkräfte leisten wichtige Präventionsarbeit. Wir setzen uns
1029 dafür ein, dass auch Schulen in Friedrichshain-Kreuzberg von diesem
1030 Förderprogramm profitieren und langfristig alle Schulen entsprechend
1031 ausgestattet werden.

1032 **Gesundheit ganzheitlich fördern:** Sozialpsychiatrische Dienste, Beratungsstellen
1033 und niedrigschwellige Angebote müssen bedarfsgerecht ausgestattet werden.
1034 Einsamkeit und Überlastung sind reale soziale Herausforderungen, auf die der
1035 Bezirk reagieren muss. Die Situation in der Psychiatrie des Urbankrankenhauses
1036 werden wir weiterhin kritisch begleiten und Verbesserungen einfordern. Wir
1037 setzen uns auf Bundesebene für mehr Kassensitze für Psychotherapeut*innen ein.

1038 Das Zentrum für sexuelle Gesundheit und Familienplanung im Bezirk ist ein
1039 wichtiger Baustein. Angesichts steigender Zahlen sexuell übertragbarer
1040 Krankheiten wollen wir die Aufklärungsarbeit ausbauen. Sexualaufklärung und
1041 Beratung müssen niedrigschwellig, diskriminierungssensibel und mehrsprachig
1042 zugänglich sein.

1043 Frauengesundheit braucht mehr Aufmerksamkeit – von hormonell bedingten
1044 Beschwerden über Endometriose bis zur Menopause. Information, Beratung und
1045 Entstigmatisierung wollen wir stärken.

1046 Wir unterstützen die Einrichtung integrierter Gesundheitszentren im Bezirk und
1047 setzen uns für eine bessere Vernetzung von Gesundheits- und Sozialberatung ein.
1048 Pflegestützpunkte, Beratung zu Pflegeleistungen und Mobilitätshilfen müssen
1049 verlässlich zugänglich sein.

1050 **Inklusion und Teilhabe verwirklichen**

1051 **Barrieren abbauen:** Inklusion ist ein Menschenrecht. Menschen mit Behinderungen
1052 müssen im Bezirk selbstbestimmt leben, arbeiten und sich bewegen können.

1053 Wir wollen Verwaltungsgebäude, Schulen, Sportstätten und andere öffentliche
1054 Einrichtungen konsequent barrierefrei machen und dazu schrittweise umbauen. Auch
1055 digitale Angebote des Bezirks müssen für alle zugänglich sein – mit leichter
1056 Sprache, Gebärdensprachdolmetschen und barrierearmen Online-Formularen.

1057 **Bewegungsfreiheit ermöglichen:** Mobilität muss für alle funktionieren. Bei
1058 Kiezblocks und verkehrsberuhigten Maßnahmen denken wir Barrierefreiheit von
1059 Anfang an mit. Sogenannte Doppelquerungen speziell für Menschen mit
1060 Sehbehinderung, ausreichend breite barrierefreie Parkplätze und genügend Platz
1061 zum Ein- und Ausladen von Rollstühlen sind für uns selbstverständlich. Auch vor

1062 öffentlichen Einrichtungen wie Rathäusern, Gesundheitszentren, Schulen und
1063 Sportanlagen müssen ausreichend ausgewiesene Stellplätze entstehen.

1064 **Wohnraum barrierefrei gestalten:** Wir setzen uns für mehr barrierefreien und
1065 bezahlbaren Wohnraum ein. Auch Unterkünfte für wohnungslose Menschen müssen
1066 barrierefrei gestaltet werden.

1067 **Teilhabe ermöglichen:** Teilhabe am Arbeitsmarkt ist zentral. Menschen mit
1068 Behinderungen dürfen nicht vorschnell in Werkstätten gedrängt werden. Wir
1069 unterstützen das Budget für Arbeit und Ausbildung sowie den Ausbau von
1070 Inklusionsbetrieben und Arbeitsplätzen im ersten Arbeitsmarkt – auch in der
1071 öffentlichen Verwaltung. Modellprojekte für den Übergang von der Schule in
1072 reguläre Beschäftigung wollen wir im Bezirk voranbringen.

1073 Leistungen der Eingliederungshilfe sollen besser koordiniert werden. Persönliche
1074 Assistenz muss gestärkt und bürokratische Hürden abgebaut werden.

1075 **Sport für alle ermöglichen**

1076 **Sportzugang sichern:** Sport ist mehr als Wettkampf und Vereinsstruktur. Er
1077 schafft Gesundheit, Begegnung und soziale Teilhabe – besonders dort, wo Angebote
1078 niedrigschwellig und wohnortnah sind.

1079 Barrierefreie Sportanlagen, geschützte Trainingszeiten und inklusive Angebote
1080 sind zentrale Bausteine für einen besseren Zugang zu Sporteinrichtungen, sowohl
1081 für Mädchen und FLINTA*-Personen, für Menschen mit Behinderungen, für ältere
1082 Menschen und für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen.

1083 **Breitensport stärken:** Wir wollen den nicht vereinsgebundenen Breitensport
1084 stärken. Öffentliche Sportflächen, Bolzplätze, Basketball- und Calisthenics-
1085 Anlagen sowie Bewegungsangebote in Parks müssen erhalten, gepflegt und ausgebaut
1086 werden. Offene Sportformate in Kooperation mit Jugendfreizeiteinrichtungen,
1087 Nachbarschaftshäusern und Schulen wollen wir gezielt fördern.

1088 Schwimmen ist eine Grundkompetenz. Wir setzen uns für ausreichend
1089 Schwimmangebote für Kinder und Jugendliche ein und unterstützen Programme, die
1090 insbesondere Kindern aus einkommensschwachen Familien den Zugang ermöglichen.

1091 **Nachhaltigkeit mitdenken: Sportstätten** müssen nachhaltig weiterentwickelt
1092 werden. Sanierungen sollen energieeffizient erfolgen, neue Anlagen klima- und
1093 ressourcenschonend geplant werden.

1094 Teure, nicht nachhaltige und korruptionsanfällige Großveranstaltungen wie
1095 Olympiabewerbungen lehnen wir ab. Milliardenprojekte helfen dem Breitensport vor
1096 Ort nicht weiter. Unsere Priorität liegt bei wohnortnahen, dauerhaft nutzbaren
1097 Sportangeboten für alle.

1098 **5. Wirkung für den Bezirk**

1099 Unsere Politik stärkt den Zusammenhalt in Friedrichshain-Kreuzberg – konkret und
1100 spürbar im Alltag.

- 1101 • Eine starke offene Gesellschaft bedeutet: Diskriminierung wird nicht
1102 hingenommen, Initiativen werden unterstützt, demokratische Beteiligung
1103 wird verbindlicher. Vielfalt bleibt sichtbar und geschützt.

- 1104 • Feministische Politik heißt: mehr Schutz vor Gewalt, bessere Beratung,
1105 niedrigschwellige Hilfsangebote und konkrete Schritte gegen Frauenarmut.
1106 Gleichberechtigung wird nicht nur gefordert, sondern strukturell
1107 verankert.

- 1108 • Eine gesicherte Kulturlandschaft bedeutet: RAW, Clubs, Ateliers und Museen
1109 bleiben Orte der Begegnung und Kreativität. Künstlerische Arbeit wird
1110 fairer bezahlt, Arbeitsräume werden gesichert.

- 1111 • Soziale Stabilität heißt: weniger Verdrängung, mehr Prävention, stärkere
1112 Sozialarbeit und wirksame Hilfe bei Sucht und Wohnungslosigkeit.
1113 Öffentliche Räume bleiben lebendig und solidarisch. Ankommen gelingt
1114 besser durch dezentrale Unterkünfte, verstetigte Integrationslots*innen
1115 und verständliche Verwaltungsverfahren. Teilhabe wird erleichtert.

- 1116 • Eine gestärkte Gesundheitsstruktur bedeutet: mehr Hitzeschutz, bessere
1117 Aufklärung, stärkere psychosoziale Angebote und wohnortnahe Versorgung.

- 1118 • Inklusion heißt: barrierefreie Gebäude, bessere Mobilität und echte
1119 Teilhabe am Arbeitsmarkt.

- 1120 • Sport für alle bedeutet: zugängliche Bewegungsangebote im Kiez statt
1121 Prestigeprojekte. So entsteht ein Bezirk, der solidarisch bleibt, soziale
1122 Sicherheit organisiert und Vielfalt nicht nur verspricht, sondern schützt.

1123 **6. Unser Auftrag: Zusammenhalt stärken**

1124 **Offene Gesellschaft verteidigen.** Wir sichern demokratische Strukturen, treten
1125 Menschenfeindlichkeit entschieden entgegen und stärken
1126 Antidiskriminierungsarbeit im Bezirk.

1127 **Feministische und inklusive Politik umsetzen.** Gleichstellung, Gewaltschutz,
1128 Inklusion und Teilhabe werden konkret verbessert – in Verwaltung, Infrastruktur
1129 und Angeboten vor Ort.

1130 **Prävention vor Verdrängung setzen.** Bei Wohnungslosigkeit, Sucht und Krisen im
1131 öffentlichen Raum setzen wir auf Hilfe, Gesundheits- und Präventionspolitik
1132 statt Symbolmaßnahmen.

1133 **Kultur und soziale Infrastruktur absichern.** Kulturorte, Beratungsstellen, Sport-
1134 und Gesundheitsangebote brauchen Planungssicherheit und verlässliche
1135 Finanzierung.

1136 **Beteiligung und Transparenz stärken.** Beteiligung wird verbindlicher, Verwaltung
1137 zugänglicher und Entscheidungen nachvollziehbarer.